

# Steuerstreit: FDP gießt neues Öl ins Feuer

Quelle: [www.t-online.de](http://www.t-online.de), erschienen am 10. Juni 2010

**Die FDP hat im Steuerstreit zwischen Union und Liberalen Kanzlerin Angela Merkel zum Durchgreifen aufgefordert. In der "Rheinischen Post" bekräftigte FDP-Generalsekretär Christian Lindner, die Kanzlerin müsse "in ihrem Laden für Ordnung sorgen". CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt warnte dagegen die FDP, die Zustimmung für Christian Wulff als Bundespräsidenten von einem Verzicht auf Steuererhöhungen abhängig zu machen. Gleichzeitig sorgt der Konflikt über Hilfen für den angeschlagenen Autohersteller Opel für neuen Ärger in der Koalition.**

In der "Rheinischen Post" sagte Lindner, sollte die CDU einen höheren Spitzensteuersatz fordern, verstoße sie gegen den Koalitionsvertrag. In der Krise würden Steuererhöhungen das Wachstum abwürgen.

Dass Merkel vor dem CDU-Wirtschaftsrat Steuererhöhungen abgelehnt habe, sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das gewünschte Machtwort. "Es gab eine erste Richtungsweisung der Kanzlerin", sagte Lindner. "Da ist aber noch mehr Enthusiasmus in den nächsten Tagen nötig."

CSU-Generalsekretär Dobrindt zeigte sich derweil empört darüber, dass die FDP mit einem Denkkzettel bei der Bundespräsidentenwahl gedroht hatte, sollte die Union im Steuerstreit nicht einlenken. "Für einen solchen Kuhhandel stehen wir nicht zur Verfügung", sagte er der "Passauer Neuen Presse". Die Ansage der FDP verstoße gegen die "guten Sitten in der Politik und gegen die Würde des Amtes". "Das ist ein starkes Stück." Er erwarte, dass sich die FDP geschlossen hinter Wulff stelle. "Die FDP darf hier nicht wackeln."

Nach den Sparbeschlüssen des Kabinetts war in der schwarz-gelben Koalition die Debatte über eine stärkere Belastung von Spitzenverdienern voll entbrannt. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sprach sich für einen Sonderbeitrag von Beziehern hoher Einkommen aus, auch der Wirtschaftsflügel der Union kritisierte die Sparpläne als sozial ungerecht.

Am Mittwochabend forderte Merkel die schwarz-gelbe Koalition schließlich dazu auf, das Sparpaket so anzunehmen, wie es das Bundeskabinett vorgelegt hat. "Ich habe entschieden unter Beachtung aller Umstände, dass dieses Programm, so wie wir es auf den Tisch gelegt haben, ein ausgewogenes, ein richtiges Programm ist", sagte sie vor dem CDU-Wirtschaftsrat. "Wie soll Vertrauen bei den Menschen entstehen? Deshalb werbe ich dafür, es so zu nehmen, wie es ist."

## Rückendeckung für Brüderle

Unterdessen bahnt sich im Konflikt um die Hilfen für den angeschlagenen Autobauer Opel neuer Streit in der Koalition an. FDP-Chef Guido Westerwelle verteidigte den Wirtschaftsminister, der Hilfen aus dem Deutschlandfonds abgelehnt hatte. "Der zuständige Minister Rainer Brüderle (FDP) hat die richtige Entscheidung getroffen", sagte der Vize-Kanzler. Der Opel-Mutterkonzern General Motors aus den USA, der über milliardenschwere liquide Mittel verfüge, könne nicht beim deutschen Steuerzahler anklopfen. "Wenn die Bundesländer anders entscheiden, ist es nicht eine Angelegenheit der Bundesregierung."

FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle hatte am Mittwoch eine Bundesbürgschaft in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für Opel abgelehnt. Er erklärte, Hilfen würden zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen in der Autobranche führen. Merkel machte das Schicksal des Autoherstellers daraufhin zur Chefsache und erklärte: "Das letzte Wort zur Zukunft von Opel ist noch nicht gesprochen." Sie kündigte an, nun mit den Bundesländern mit Opel-Werken Hilfen auszuloten.

FDP-Generalsekretär Christian Lindner sprach daraufhin von "winkeladvokatorischen Versuchen", doch noch Staatsgelder für Opel zu sichern. Auf Nachfragen wollte er diese Formulierung nicht direkt auf Bundeskanzlerin gemünzt wissen. "Das ist nur abstrakt formuliert", sagte er.